

Brief aus Berlin

31.05.2023



Liebe Leserinnen und Leser,

mit dem Ende des Monats Mai rücken wir nun den Sommermonaten immer näher. In den letzten Wochen wurde in Berlin vor allem eins immer deutlicher spürbar: die Ampelparteien sind zerstritten und tragen ihre Konflikte öffentlich aus. Das führt zu Unsicherheit und Vertrauensverlust innerhalb der Bevölkerung. Besonders, wenn deutlich wird, dass immer mehr Gesetze ohne die Zustimmung der breiten Bevölkerung durchgebracht werden sollen.

Außerdem war es eine besondere Freude und Ehre den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj in Berlin willkommen zu heißen, der sich für die deutsche Unterstützung im Russland-Ukraine Krieg bedankte.

Zuletzt waren auch die Wahlen in der Türkei, die mit einer knappen Mehrheit für Amtsinhaber Erdogan ausgegangen sind, in Berlin sehr präsent.

Euer
Alois

Diese Woche:

Seite 2

Themen im Bundestag



Seite 3

Rainer trifft...



mehr unter:



www.alois-rainer.de



CSU
IM BUNDESTAG



Themen im Bundestag

Durch den Strompreis Entlastung schaffen



Wir sind davon überzeugt, dass jetzt rasch wirksame Maßnahmen ergriffen werden müssen, um den Strompreis zu senken. Gemäß unserem Entwurf für ein Gesetz zur Sicherung einer bezahlbaren Stromversorgung schlagen wir vor, zunächst und unverzüglich bis Ende 2024 die Stromsteuer auf das europarechtlich zulässige Minimum zu reduzieren und den Umsatzsteuersatz auf Strom zu senken (ermäßigter Satz). Darüber hinaus sollten die Netzentgelte um mindestens die Hälfte gesenkt werden. Dies würde unmittelbar und unkompliziert den Bedürfnissen der Industrie, des Mittelstands, des Handwerks und der privaten Haushalte gerecht werden. Niedrige Steuern sind ein wichtiges Prinzip der Ordnungspolitik, und dies gilt in der gegenwärtigen Situation insbesondere für Steuern auf Strom. Eine umfassende "Deutschlandstrategie" sollte die Grundlage für alle energiepolitischen Maßnahmen bilden, um eine wirtschaftspolitische Neuausrichtung unseres Landes zu ermöglichen.

Wir fordern: Wärme ohne soziale Kälte!

Mit unserem Antrag *Für eine sichere, bezahlbare und klimafreundliche Wärmeversorgung ohne soziale Kälte* möchten wir als Unionsfraktion einen klaren Gegenpol zu der Energiepolitik der Ampelregierung setzen. Denn wir sehen die zuverlässige Versorgung mit Energie als Grundbedürfnis an und sprechen uns deutlich für eine Klimapolitik aus, die die Menschen mitnimmt. Der dauernde Streit in der Regierung verunsichert Bürgerinnen und Bürger, Handwerkerinnen und Handwerker, Wohnungs- und Baubranche sowie die Industrie. Anstatt die Bürgerinnen und Bürger mit immer neuen Vorgaben und Verboten zu konfrontieren ist unser Antrag ein konstruktiver Vorschlag für eine Politik des Forderns und Förderns.



Ampel erhöht Beitragssätze zur Pflegeversicherung



Am Freitag, den 26. Mai wurde im Bundestag mit den Stimmen der Ampel-Fraktionen das so genannte Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz (PUEG) verabschiedet. Der Name könnte irreführender nicht sein. Denn das Gesetz hat mit der Anhebung des Beitragssatzes zur sozialen Pflegeversicherung um 0,35 Prozentpunkte zum 1. Juli 2023 zunächst eine Belastung für die Beitragszahler zum Kerninhalt. Auch sollen die Möglichkeiten vereinfacht werden, künftig

per Verordnung Beitragssatzerhöhungen vornehmen zu können. Diese Einschränkung der parlamentarischen Beteiligungsrechte lehnen wir als CDU/CSU-Fraktion entschieden ab.

Wir haben als CDU/CSU-Bundestagsfraktion vier Änderungsanträge gestellt, die von der Ampelmehrheit leider abgelehnt wurden. Unter anderem forderten wir darin, die Beteiligungsrechte des Deutschen Bundestages bei künftigen Beitragserhöhungen in vollem Umfang wieder herzustellen.

Migrationsgipfel im Kanzleramt: herbe Enttäuschung für die Kommunen



Der Migrationsgipfel im Kanzleramt ist gescheitert: Keine echte Lösung und keine Planungssicherheit hinterlassen verärgerte Kommunen und enttäuschte Länder. Die Ampel ist nicht bereit, wirksame Maßnahmen zur Reduzierung der irregulären Migration zu ergreifen. Nur eine pauschale Einmalzahlung von einer Milliarde Euro wurde beschlossen, die jedoch als Unterstützung für die Herausforderungen der Kommunen nicht ausreicht.



Rainer trifft...



... Dr. Thilo Schweizer und Birgit Neff von der Commerzbank AG

Über das freundliche und interessante Gespräch mit Herrn Dr. Thilo Schweizer und Frau Birgitt Neff von der Commerzbank habe ich mich sehr gefreut.



... Vertreter von Finanzgerichten

Auch der Austausch des Finanzausschusses mit Vertretern von Finanzgericht Berlin-Brandenburg, Polen und Frankreich war sehr bereichernd und spannend.



... den Ausschuss öffentlicher Förderbanken

Auf der Frühjahrssitzung der öffentlichen Förderbanken konnte ich nach einem kurzen Vortrag an einer spannenden Diskussion zu diversen Bankenthemen teilnehmen.

Für Sie erreichbar:



in Berlin:
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 / 227 77420

im Wahlkreis:
Schulstraße 1
94353 Haibach
Telefon: 09963 / 943 9494
E-Mail:
alois.rainer.wk@bundestag.de

E-Mail: alois.rainer@bundestag.de